

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **13 (1933-1934)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Wettstreit um die „Demokratie“. / Politik des Landvolkes. / Regieren, nicht verwalten.

Im Kanton Luzern, dieser Wetterecke für das Verhältnis zwischen liberaler und konservativer Schweiz, ist von liberaler Seite ein Volksbegehren auf Abschaffung der Verhältnismahl für den Gemeinderat veranlaßt worden. Der mehrheitlich konservative Regierungsrat beantragt dem Großen Räte aber Ablehnung dieses Volksbegehrens mit der Begründung, daß die Beseitigung der Verhältnismahl eine Abkehr von den Grundsätzen der Demokratie bedeute und daß außerdem gerade die Verhältnismahl in bewegten politischen Zeiten wie den heutigen im Sinne politischer und sozialer Befriedung zu wirken geeignet sei. Von liberaler Seite wird dieser Begründung entgegengehalten, daß wirkliche Demokratie auf der Herrschaft einer Mehrheit beruhe und daß es im Zeitpunkt einer bürgerlichen demokratischen Erneuerung unwürdig sei und einer parteipolitischen Vergewaltigung gleichkomme, wenn die Konservativen mit den Sozialdemokraten gegen die Liberalen zusammengingen.

In diesem Luzerner Hausstreit zeigt sich so recht die Vieldeutigkeit des Begriffes Demokratie. Wenn Gerechtigkeit gegenüber Minderheiten irgendwelcher Art im Staat das Kennzeichen der Demokratie ist, dann stellt die Verhältnismahl selbstverständlich einen Grundsatz der Demokratie dar. Ist Demokratie dagegen eine Staatsform, die in erster Linie auf das Volksganze gerichtet ist, dann kann die (politische) Verhältnismahl kein Wesensbestandteil davon sein, weil ein richtiges Regieren, eine wirkliche Führung in einem Staat, in dem die politische Willensbildung auf Grund der Verhältnismahl erfolgt, auf die Dauer unmöglich ist. Im freisinnigen Lager, wo man heute, im Zusammenhang mit der „neuen politischen Bewegung“, Morgenluft für die eigene „bürgerlich-demokratische“ Sache wittert, scheint man in der Tat den Mehrheitsgedanken, d. h. den Gedanken der Herrschaft einer geschlossenen Volksmehrheit wieder als Hauptmerkmal der Demokratie betrachten zu wollen. Zieht man noch in Betracht, wie die Sozialdemokratie heute plötzlich ihr Bekenntnis zur Demokratie entdeckt hat, dann zeigt sich dem zeitgenössischen Beobachter das Bild eines edlen Wettstreites aller Parteien um den Besitz der wahren Demokratie, wobei für jede Partei diejenige „Demokratie“ die wahre ist, die ihren Parteizwecken am besten dient.

Welches sind nun die Aussichten einer „bürgerlichen demokratischen Erneuerung“ bei Beseitigung der Waffe der Minderheiten, der Verhältnismahl, und unter rücksichtslosem Zurüstungbringen des Mehrheitsgedankens? Daß eine „bürgerliche Einheitsfront“ im besten Falle augenblicklich taktischen Zwecken zu dienen, nie aber Träger einer staatlichen Erneuerung zu bilden vermag, dürfte wohl unbestritten sein. Denn wie es mit der Festigkeit einer solchen „Einheitsfront“ bestellt ist, lehrt, unter vielen andern Fällen, gerade etwa das Luzerner Beispiel. Und ihre „Einheit“ besteht ja ausschließlich in der Gemeinsamkeit der Gegnerschaft, nie aber in einem einheitlichen politischen Aufbau- und Gestaltungswillen. Wie aber will der Liberalismus seine vor 15 Jahren durch Einführung der Verhältnismahl im Nationalrat verlorene Mehrheitsstellung wiedererobern, wo er in manchen Kantonen seither zur kleinen Minderheitspartei herabgesunken ist?

Denken wir nur etwa an den Kanton Bern, wo von den 30 Nationalratsmandaten genau die Hälfte im Besitz der großen Partei des Bauern-, Gewerbe- und mittelständischen Bürgertums sind. Wie diese Partei in ihrem Jugendflügel — und dieser beherrscht heute die Partei — eingestellt ist, lehren die Worte, die National-

rat Müller (Großhöchstetten) an der historischen Delegiertenversammlung der bernischen Sektion der „Nationalen Volkspartei“, d. h. der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei vom 15. Juli sprach: „Die Jungbauernbewegung hat zwei unveröhnliche Gegner: den Philister und den Geldsack. Beide, Geldsack und Philister, bedürfen der Ruhe; wir aber sind eine Bewegung, die aus der Not der Zeit, aus dem Versagen der liberalistischen Wirtschaftsauffassung, die auch bei uns auf allen Gebieten zum Zusammenbruch geführt hat, emporgewachsen ist.“ Den Mittel- und Kleinbauern drückt eben nicht in erster Linie der „Marxist“, wohl aber der Schuldenzins, den der „Kapitalist“ unerbittlich bei ihm einfordert. Man hat der von jener Delegiertenversammlung gefaßten Resolution, in der man unter anderem den Satz liest: „Die bisherige Wirtschaftspolitik hat die Reichen reicher, die Armen noch ärmer werden lassen,“ den Vorwurf gemacht, daß zwar in ihr verständlich sei, was sie an materiellen Forderungen und Begehren des bedrohten Bauernstandes enthalte, nicht aber, was man unter Drohungen, wie „nicht von der Anwendung von Kampfmitteln von äußerster Schärfe zurückzuschrecken“, verstehen müsse. Nun ist richtig, daß in der betreffenden Resolution wohl klare materielle Forderungen aufgestellt werden, nicht aber irgendwelche staatspolitische Gesichtspunkte enthalten sind, die darauf hindeuten, wie man zur Befriedigung jener Forderung, mit andern Worten zu einer Änderung der heutigen Wirtschaftspolitik gelangen könnte, durch die die „Reichen reicher und die Armen ärmer werden“. Und man denkt bei dieser Resolution unwillkürlich ein wenig an die Worte, mit denen Andreas Heusler in seiner „Schweizerischen Verfassungsgeschichte“ die Begehren und Forderungen des Landvolkes vor dem großen Bauernkrieg von 1653 schildert: zur Frage, „um was für Ansprüche und Rechtsbegehren es sich auf Seite der Bauern handelt, was sie an dem Rechtsbestande auszufragen hatten und anders haben wollten, muß man sagen, daß die Bauern selbst sich darüber nicht klar waren und darum ihre Begehren, soweit sie sich nicht gegen ganz spezielle Belastungen richteten, nicht in praktische Form bringen konnten. Es spricht sich in ihren Beschwerden die allgemeine Unzufriedenheit mit ihrer Lage aus; wirkliche greifbare und diskutierbare Begehren waren Abschaffung einiger besonders lästiger Steuern. . . Weiter wurde geklagt über harte Bedrückung der Gültschuldner durch nachsichtslose Eintreibung der Zinsen. . . Das waren Dinge, deren Geltendmachung man den Bauern nicht zum Vorwurfe machen konnte. . . Aber was die Vereinbarung (mit dem städtischen Regiment) erschwerte, war das allgemeine Postulat, daß sie bei allen ihren uralten Freiheiten und Rechten belassen würden, über die sie selbst aber ganz im Unklaren waren. . . Was sie dabei dachten, war ein Bauernbund gegenüber dem Herrenbund, im Grunde eine völlige Revolution. . . Wie sie sich deren Ausführung vorstellten, ist ebenfalls nicht recht ersichtlich.“

Das war eben und ist heute wieder der tiefe innere Zwiespalt jeder Landvolk-Politik: das Ungenügen der bestehenden Ordnung, durch das der Bauer in Not und Bedrängnis gerät — „das Versagen der liberalistischen Wirtschaftsauffassung“ (Müller) — drängt zur Schaffung einer neuen Ordnung; aber gleichzeitig ist der Bauer doch wieder der geborene Träger und Verteidiger der bestehenden Ordnung — er will im Grunde nur bei seinen „uralten Freiheiten und Rechten belassen“ werden; „zurück zur Verfassung“ tönt es heute aus einzelnen bäurischen Führerkreisen —. An vielen Orten befindet sich die Bauernschaft heute in voller Bereitschaft zum Aufstand. — „Der Bauernstand und mit ihm die Handwerker sind nicht gewillt, in stiller Ergebenheit zugrunde zu gehen,“ lautet eine andere Stelle in der erwähnten Resolution. Wie und von wem aber wird diese aus der Not geborene Einsatzbereitschaft des Landvolkes zu fruchtbarer Aufbauarbeit an Staat und Gemeinschaft gelenkt werden? Auf diese Frage dürfte nur eine Antwort zur Zeit feststehen: die heutige Einsatzbereitschaft des Landvolkes wird nicht im Sinne der „bürgerlich-demokratischen Erneuerung“ und nicht von deren Trägern gelenkt

werden. Hier wird der Liberalismus nicht die notwendige Unterstützung finden zur Rückeroberung seiner Mehrheitsstellung im Staat.

* * *

Daß die Bildung einer staatstragenden Mehrheit eine Hauptaufgabe der heutigen Staatspolitik darstellt, ist selbstverständlich. Nur ist diese Einsicht nicht neu. Und die Fragestellung beginnt eigentlich erst beim „Wie“. Zwischen der Einsicht, daß es eine neue staatstragende Mehrheit zu schaffen gilt und der Erkenntnis, wie das zu geschehen hat, liegt ein sehr weiter Weg, der heute noch gar Vielen verschlossen ist. Zu einer Mehrheitsbildung, die mehr als eine zufällige Zusammenfassung der verschiedensten Staats-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Weltauffassungen ist, wird es nie kommen, außer durch den großen Umschmelzungsprozeß, wie ihn der leibliche und geistige Einsatz der breiten Volksmassen für eine ihnen gerechter werdende politische und wirtschaftliche Neuordnung bedeutet. Darum sind Mehrheitsbildung und Inangriffnahme der neuen Ordnung eins! Man kann nicht — außer am grünen Tisch — zuerst eine Mehrheit bilden und dann zur „Reform an Haupt und Gliedern“ schreiten. Mehrheitsbildung vollzieht sich am Einsatz für das neue Staatsziel.

Wie wenig aber dieses neue Staatsziel heute — außer bei einem Teil der jungen Generation, die es mehr mit Gefühl und Instinkt erfaßt — verstanden wird, dafür legt Robert Grimm in seiner großen Antifrontenrede (vergl. „Freier Wargauer“ vom 29. Juni u. ff.) Zeugnis ab. Er macht darin der „Staatsauffassung der Fronten“ zum Vorwurf, daß sie eine „eingeschränkte Demokratie“, daß sie „die Volksrechte zurückbinden“, daß sie „den Staat nicht verwalten, sondern regieren“ wolle. Oder es beweisen es liberale Parteiblätter, wenn sie das dieser Tage von der deutschen Revolutionsregierung erlassene Gesetz über die Volksabstimmung als eine Maßnahme bezeichnen, die „mit Demokratie nichts zu tun hat“ (N. Z. Z.). Dieses deutsche Gesetz über den Volksentscheid bestimmt nämlich, daß die Reichsregierung „das Volk befragen kann, ob es einer von der Reichsregierung beabsichtigten Maßnahme zustimmt oder nicht“, wobei es sich bei dieser Maßnahme „auch um ein Gesetz handeln“ kann.

Gegenüber der Auffassung Grimm ist geltend zu machen, daß ein Staat, der nicht regiert, sondern nur verwaltet wird, auf die Dauer der Anarchie verfällt. Jemand muß die Richtung angeben, im Leben eines ganzen Volkes noch viel mehr als im kleineren Kreis des Privatlebens oder Privatunternehmens. Die Volksmehrheit gebe eben diese Richtung an, sagt der Liberalismus. Und wenn man fragt, wie sie das mache, dann antwortet der Liberalismus: durch die Diskussion („Demokratie ist Diskussion,“ ist ein beliebter liberaler Ausspruch). Ein Volk kann aber nicht diskutieren. Das kann — und das entspricht auch der ursprünglichen Vorstellung des Liberalismus — nur eine Volksvertretung. Diese Volksvertretung — das Parlament — wird aber nun durch das neue deutsche Reichsgesetz über die Volksabstimmung übersprungen. Die Regierung wendet sich unmittelbar an das Volk. Und sie wendet sich in einem andern Sinn an das Volk als die Regierung im liberalen Staat sich an das Parlament wandte: nämlich im Sinne der Befragung. Die für die Staatsführung verantwortlichen Männer wollen, bevor sie eine Maßnahme endgültig beschließen oder einem Gesetz endgültige Form geben, die Meinung des Volkes erkunden; sie wollen sich unterrichten, wie man im Volk darüber denkt. Die Entscheidung, wie und was sie auf Grund der vom Volk bekundeten Meinung tun wollen, liegt bei ihnen. Sie tragen vor dem Volk und seiner Geschichte die Verantwortung für das, was sie entscheiden. Darin liegt der Wesensunterschied gegenüber der liberalen Demokratie, wo die für Art und Form von Beschlüssen und Gesetzen entscheidende Volksvertretung die Verantwortung auf das Volk abwälzt. Und ein weiterer grundsätzlicher Unterschied: im spätliberalen

Parteienstaat geht die endgültige Form der Beschlüsse und Gesetze aus der Diskussion hervor, was praktisch — da die Volksvertreter im Vielparteien-Parlament nicht das ganze Volk, sondern die Interessen einzelner Schichten vertreten — heißt, daß Art und Form aller Beschlüsse und Gesetze einen Kompromiß zwischen widerstreitenden Interessen darstellen. Im Führungsstaat dient die „Diskussion“ — sei es in Form der Volksbefragung oder der Meinungserkundung in einem beratenden Organ — der Unterrichtung und Begleitung für diejenigen, die als schöpferische Einzelpersonlichkeit oder als engst verschmolzene Kerngruppe über Art und Form von Beschlüssen und Gesetzen entscheiden.

Würde durch eine derartige Staatsorganisation nicht eines der Hauptübel unseres heutigen staatspolitischen Zustandes behoben: der mangelnde Kontakt unserer obersten Behörden mit dem Volk? Ist es nicht denkbar, daß wenn wir eine vom Vertrauen der Volksmehrheit getragene Regierung besäßen, die ihre Maßnahmen nur so treffen und die Gesetze nur so ausarbeiten würde, wie die Sache es erfordert, und vor der endgültigen Formgebung in Volksbefragungen die Meinung des Volkes darüber erkunden würde: daß wir dann weniger verworfene Vorlagen und dafür Einrichtungen besäßen und Maßnahmen getroffen hätten, zu denen wir bei unserer heutigen Staatsorganisation gar nicht, oder nur in ganz unzulänglicher Form gelangen können (Alters- und Hinterbliebenenversicherung, Lohnabbau, Krisensteuer, um nur diese wenigen „Fälle“ zu nennen)? — Daß das denkbar sei, wird man vielleicht noch zugestehen. Aber man wird bestreiten, daß ein Staat, in dem regiert und nicht nur verwaltet, in dem mehr für das Volk als durch das Volk regiert wird, m. a. W. ein Führungsstaat eine Demokratie sei und infolgedessen für die Schweiz jemals in Frage komme. Ein Volk aber, das aus theoretischer Erwägung und Liebhaberei eine schlechtere Staatsorganisation einer besseren vorziehen wollte, würde sich damit selbst vor der Geschichte das Urteil sprechen. Und dann verhält es sich doch geschichtlich so, daß die alteidgenössischen Staatswesen vor ihrer Erstarrung im 17. und 18. Jahrhundert wahrhaft v o l k s s t a t l i c h e Gemeinwesen waren, ohne „Diktatur“ oder Absolutismus irgendwelcher Art, und daß die Staatsauffassung, die ihnen zugrunde lag, doch weitgehend die gleiche war, wie sie sich im heutigen Europa als Gegenwirkung gegen anderthalb Jahrhunderte liberalen Staatsdenkens und liberaler Staatlichkeit herausbildet.

R ü s s a c h t - B ü r i c h, den 24. Juli 1933.

H a n s D e h l e r.

Zur politischen Lage.

Der Zerfall des Marxismus. / Kurswechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik. / Versteifung der internationalen Lage.

Selten gab es einen Sommer, in welchem das politische Leben so nervös pulsierte, wie denjenigen des Jahres 1933. Immer war es sonst so, daß mit Einbruch der warmen Jahreszeit die Politiker und Diplomaten ihre Tätigkeit einige Zeit ruhen ließen, um für die im Herbst regelmäßig neu einsetzende politische Saison frischen Atem zu schöpfen. Verödet waren die kühlen Räume der Auswärtigen Ämter, und keine noch so raffiniert aufgezoogene Propaganda vermochte die breiten Massen des Volkes in politische Versammlungen zu locken. Ein ganz anderes Bild bietet sich dem Beschauer in diesem Sommer dar. Die außenpolitische Tätigkeit der Staaten weist eine äußerste Aktivität auf, und im Innern ist bei allen Völkern, vorab bei denjenigen des europäischen Kontinents, ein hoher Grad der Gärung festzustellen, der die Massen nicht zur Ruhe kommen läßt. Eine fiebrige Unruhe, wie sie das Kennzeichen für Zeiten großer Umwälzungen ist, geht durch die Länder. Auf

kurze Zeiten vorübergehender Beruhigung folgen neue Erschütterungen, die den kranken Körper Europas erzittern machen. Gelingt es ihm, genügend starke Abwehrkräfte zu mobilisieren, um die große Krise zu überwinden und von innen heraus eine Gesundung herbeizuführen? Noch liegt die Zukunft im Dunkel.

* * *

Bis heute galt die bürgerliche Demokratie Frankreichs als der Hort des Liberalismus in Europa. Während andere Länder sich unter schweren Krämpfen zu einer neuen Staatsform durchrangen, schien Frankreich gewissermaßen das naturgegebene Vorrecht auf Ruhe und konstante Entwicklung zu besitzen. Bisweilen allerdings vermochte ein an sich geringfügiges Ereignis, eine Rede oder ein Zeitungsartikel blitzartig den Schleier von der trügerischen Oberfläche wegzuziehen und für einen Augenblick eine Ahnung von der auch in diesem Land in der Tiefe vor sich gehenden Gärung zu geben. Der Steuerstreit, der Bauernmarsch nach Paris und einige Reden Tardieu's waren derartige Ereignisse, die den hellhörigen Beobachter aufhorchen ließen. Und nun tagte kürzlich in Paris der Kongreß der französischen Sozialisten, der mit einem Schlage der ganzen Welt zum Bewußtsein brachte, daß schwerwiegende Dinge sich im Bewußtsein des französischen Volkes abspielen.

Vandervelde, der Vorsitzende der II. Internationale, hatte noch vor kurzem erklärt, daß nach dem Zusammenbruch der deutschen Bruderpartei die sozialistische Partei Frankreichs das letzte Bollwerk des internationalen Sozialismus sei. Um so alarmierender mußte für die orthodoxen Marxisten und Internationalisten die Tatsache wirken, daß am diesjährigen Kongreß plötzlich eine Richtung sich sehr energisch zum Wort meldete, welche deutlich von der alten Doktrin abrückte. Das auch in andern Ländern mächtig an die Pforten des Überlieferten pochende neue Denken in Staat und Wirtschaft kam in Frankreich plötzlich an einer Stelle zum Durchbruch, wo man es nicht erwartet hatte. Das große Schlagwort, das den Doktrinären von der Art Léon Blums scharf und unangenehm in die Ohren klang, war dasjenige vom Sozialismus im Rahmen der Nation und vom starken Staat. Darin liegt nichts anderes als ein deutliches Abrücken von der Idee des Marxismus. In immer weiteren Kreisen des französischen Sozialismus greift die Erkenntnis um sich, daß die Parole des Klassenkampfes ihre Verführungskraft mehr und mehr verliert. Was den Sozialisten den Mut nimmt, ist nach Sieburg das Gefühl, daß die Massen sich dem Zwang der Proletarisierung als der Voraussetzung zur Revolution nicht mehr unterwerfen wollen, daß sich die Scheidung zwischen Proletariat und Bürgertum überhaupt nicht mehr aufrecht erhalten läßt und daß die kleinbürgerliche Schicht und die Mittelklassen ein revolutionäres Element geworden sind. Marcel Déat, einer der Hauptwortführer der neuen Richtung, erklärte, daß der Internationalismus des 19. Jahrhunderts tot sei, daß die Nationen sich auf sich selbst zurückzögen und daß man den Sozialismus im Rahmen der Nation durchführen müsse. Dazu aber sei es notwendig, ihm das Element der Autorität und Ordnung einzuverleiben, das im Gefolge der Ereignisse von Rußland, Italien und Deutschland auch in die französischen Massen einzudringen beginne.

Der Durchbruch dieser Ideen ist wohl wesentlich durch den Erfolg der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland gefördert worden. Allein kein Mensch würde auf den Gedanken kommen, hierin eine französische Nachahmung des Nationalsozialismus zu erblicken. Noch bleibt abzuwarten, ob der von der neuen Richtung in Frankreich propagierte „Sozialismus im Rahmen der Nation“ sich auch inhaltlich vom internationalen Marxismus unterscheidet. Entscheidend ist hiebei seine Stellung zum Eigentum und zur Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel. Die Anerkennung des Privateigentums und der Privatwirtschaft bilden bekanntlich

einen Wesensbestandteil des nationalen Sozialismus deutscher Prägung, der sich hierin vom internationalen Sozialismus marxistischer Observanz grundsätzlich unterscheidet. Nach einzelnen Andeutungen, die am französischen Sozialistenkongreß gemacht wurden, ist tatsächlich auch nach dieser Richtung eine Neuorientierung im Gange, was auf die europäische Gesamtsituation des Marxismus, welcher unentzerrbar seiner Auflösung entgegengeht, ein bedeutungsvolles Licht wirft.

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die Vorgänge in Italien, Deutschland und andern Ländern Ausdruck einer ganz Europa durchdringenden geistigen Strömung sind, die mit historischer Notwendigkeit zum Durchbruch gelangen muß. Es ist von allergrößter Bedeutung, daß auch in Frankreich sich dieser Durchbruch vorbereitet. Die junge Generation ist es, die auch in diesem Lande energisch an die ihr bis anhin verschlossenen Pforten der politischen Führung pocht, um den Staat und die Gesellschaft nach ihrem Bilde zu formen.

* * *

In Deutschland ist die revolutionäre Entwicklung zur Alleinherrschaft der nationalsozialistischen Partei, die im faschistischen Italien mehrere Jahre in Anspruch nahm, fünf Monate nach der Betrauung Hitlers mit der Kanzlerschaft zum Abschluß gelangt. Sämtliche übrigen Parteien sind teils aufgelöst worden, teils haben sie sich selbst aufgelöst. Als letztes Bollwerk des parlamentarischen Parteienstaates fiel der Zentrumsturm, der vor Jahrzehnten selbst Bismarck getrotzt hatte. Voraussetzung hiefür war, daß der Nationalsozialismus sich bereits vorher mit dem Vatikan verständigt hatte. Seit der ersten Rom-Reise Papens, welcher sich als hervorragender Unterhändler erwies, wurden mit größter Intensität Verhandlungen über den Abschluß eines Konkordates gepflogen. Sie führten zu einer umfassenden Einigung, zu einem wirklichen Friedensschluß zwischen dem Nationalsozialismus und der katholischen Kirche, deren Einflusssphären inskünftig klar voneinander geschieden sind.

Der rasche Abschluß des Konkordats ist deutscherseits zweifellos dem Bedürfnis nach innerpolitischer Beruhigung entsprungen. Bekanntlich hatten einzelne nationalsozialistische Führer noch vor kurzer Zeit erklärt, die nationale Revolution stehe erst am Anfang. Das Wort wurde von einer breiten Anhängerschaft aufgefangen und zur Idee der „zweiten Revolution“ umgeformt, die der ersten, nämlich der politischen Machtergreifung, folgen sollte. Es war nicht schwer vorauszu sehen, daß eine solche die Gefahr eines allgemeinen Wirtschaftschaos herbeigeführt hätte. Deshalb entschloß sich Hitler, mit kühnem Griff das Steuer herumzureißen. Es geschah dadurch, daß er die Parole vom „Abschluß der Revolution“ ausgab. Gleichzeitig wurde der ständische Aufbau abgestoppt und in der Wirtschaftspolitik ein Kurs eingeschlagen, welcher gefährliche Experimente verunmöglichen und eine allgemeine Beruhigung herbeiführen sollte. „Der ständische Aufbau,“ so erklärte der neue Reichswirtschaftsminister Schmitt, „der selbstverständlich kommen muß und dessen Nichtvorhandensein gerade jetzt sehr schmerzlich empfunden wird, ist im Augenblick zurückgestellt worden, nicht, weil er nicht kommen soll, sondern weil die Gefahr bestand, daß eine ganze Reihe unberufener Elemente versuchen würde, auf diesem Gebiet Experimente zu machen und die Wirtschaft zu stören. . . Es ist nicht die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, in die einzelnen Wirtschaftszweige einzugreifen und darin herumzuregieren. Man muß aber die Möglichkeit dazu offen halten. Der nationalsozialistische Staat muß für sich in Anspruch nehmen, daß er den Dingen in der Wirtschaft nicht freien Lauf läßt, daß er nicht jeden machen läßt, was er will, damit nicht jemand aus Konkurrenzgründen rücksichtslos Schaden stiftet, der sich unter Umständen auf einen ganzen Wirtschaftszweig auswirken kann. Der Staat wird von dieser Befugnis jedoch nur einen sehr weisen Gebrauch machen. . .“ Die vom Reichskabinett seither

verabschiedeten Gesetze zeigen, daß der Gedanke der ständischen Wirtschaftsordnung augenblicklich nur etwas in den Hintergrund geschoben, nicht aber aufgegeben worden ist.

Die nationalsozialistische Parole vom „Abschluß der Revolution“ steht im Gegensatz zur faschistischen Terminologie, welche auch die heutige Entwicklung in Italien noch „revolutionär“ nennt. Offenbar wittern in Deutschland die maßgebenden Männer die Gefahr, daß die Führung des revolutionären Geschehens ihren Händen entgleiten könnte. Man darf nie vergessen, daß durch den 14 Jahre lang dauernden Kampf des Nationalsozialismus um die Macht irrationale Kräfte von ganz anderem Ausmaß aktiviert wurden als beim Faschismus. In Deutschland hängt nunmehr alles davon ab, ob es gelingt, ihrer Herr zu werden und sie in geordnete Bahnen zu lenken. Die innere Dynamik der Entwicklung braucht dadurch nicht unterbunden zu werden.

Unterdessen macht der Einbau der nationalsozialistischen Bewegung in den Staat weitere Fortschritte. Ein wichtiger schöpferischer Akt nach dieser Richtung ist zweifellos die Schaffung des „Preußischen Staatsrates“ durch Ministerpräsident Göring. Der Staatsrat tritt an die Stelle des ehemaligen Parlaments. Er hat keine gesetzgebenden Kompetenzen, sondern ist lediglich beratendes Organ. Seine Mitglieder werden nicht gewählt, sondern ernannt. Bis jetzt wurden eine Reihe der obersten Parteiführer und Staatsbeamten, sowie hervorragende Persönlichkeiten aus der Wirtschaft und der Kunst berufen. Bei der Verkündung des Gesetzes, durch das der Staatsrat geschaffen wurde, machte Göring Ausführungen, die einen guten Einblick in die nationalsozialistische Staatsauffassung vermitteln. Göring erklärte:

„Im nationalsozialistischen Staat gibt es kein Abstimmen, gibt es den Begriff der Mehrheit nicht mehr. Der nationalsozialistische Staat kennt nur eine A u t o r i t ä t, und diese geht von oben nach unten, und er kennt nur eine V e r a n t w o r t u n g, und diese geht von unten nach oben. Die Macht, die uns heute gegeben ist, ist ungeheuer. . . Sowie man eine derartige Machtvollkommenheit besitzt und die Parlamente ausgeschaltet sind, könnte die Gefahr bestehen, daß die führenden und regierenden Männer den K o n t a k t m i t d e m V o l k e verlieren. Es ist aber ein Grundprinzip des Nationalsozialismus, daß die führenden Männer immer diesen Kontakt behalten, daß sie sich immer als mitten im Volke stehend fühlen, daß ihre Hauptaufgabe ist, Sorgen, Bedürfnisse, Wünsche und Notwendigkeiten des Volkes richtig zu erkennen und dementsprechend zu handeln. Ich will durch den neuen Staatsrat die lebendige Verbindung mit dem Volke herstellen, will orientiert werden über die Sorgen und Wünsche der Bevölkerung, will orientiert werden darüber, wie sich die Gesetze auswirken, wie die Erlasse und Gesetze der Regierung im Volke selbst verstanden werden. . . Selbstverständlich ist es, daß dieser Staatsrat nur ein beratendes Organ ist. Abgestimmt wird nicht, das wäre eine Sünde wider den nationalsozialistischen Geist und ein Rückfall in parlamentarisch-demokratische Gebräuche. Auch hier herrscht durchaus das Führerprinzip. . .“

* * *

Wie bereits eingangs erwähnt, herrscht auf dem internationalen Gebiete zur Zeit eine äußerst rege Tätigkeit. Der Viermächtepakt ist von den vertragsschließenden Parteien unterzeichnet worden. Es bleibt abzuwarten, ob sich die auf ihn gesetzten Hoffnungen verwirklichen. Schon vor einem Monat wiesen wir an dieser Stelle darauf hin, daß alles darauf ankomme, in welchem Geiste der Vertrag gehandhabt werde. Leider liegen bereits verschiedene Umstände vor, die sich in der Folge ungünstig auswirken können. Insbesondere versucht Frankreich, den Vertragsinhalt im Sinne einer vorwiegend französisch-italienischen Verständigung zu verengen. Selbstverständlich war die Entspannung der Beziehungen zwi-

sehen diesen beiden Ländern ein treibendes Moment beim Abschluß des Paktes, und es ist nicht zu leugnen, daß in den französisch-italienischen Beziehungen eine fühlbare Besserung eingetreten ist. Allein es hieße den Vertragsinhalt verfälschen, wenn sein Zweck lediglich darin erblickt werden sollte. Der Pakt von Rom wird nur dann der ihm zugrunde liegenden Idee, nämlich eine gesamteuropäische Entspannung herbeizuführen, gerecht, wenn alle unterzeichneten Mächte von loyalem Willen zur Zusammenarbeit erfüllt sind. Wir hoffen, daß in absehbarer Zeit die geplante Zusammenkunft zwischen Daladier und Hitler zustande komme und die Revisionsfrage endlich auch von französischer Seite ernsthaft aufgegriffen werde.

Vorläufig freilich hat es den Anschein, als ob die Entfremdung zwischen Deutschland und Frankreich immer weitere Fortschritte mache. Schuld daran mag in erster Linie der durch die nationalsozialistische Revolution mächtig gestärkte Selbsterhaltungstrieb Deutschlands sein, welcher in Frankreich große Beunruhigung hervorruft. Deutschland steht außenpolitisch gegenwärtig ziemlich isoliert da. Die von Hitler versuchte Verständigung mit Polen macht keine Fortschritte. Bekanntlich ging das Gerücht um, daß Deutschland Polen dazu bewegen wolle, ihm den Korridor zurückzugeben, wohingegen es Polen behilflich gewesen wäre, die Ukraine aus der Sowjetunion herauszulösen und sich anzugliedern. Daraufhin schickte Rußland einen seiner gewiegtesten Agitatoren, Kadel, nach Polen. Anläßlich dieses Besuches kam eine merkliche Wiederannäherung zwischen der Sowjetunion und Polen zustande, sodaß der ukrainische Plan nicht zur Durchführung gelangen dürfte. An sich lag er im Bereich der Möglichkeit, da starke Spannungen zwischen der Ukraine und der sowjetrussischen Zentralregierung in Moskau herrschen und die internen Verhältnisse Rußlands sich zusehends verschlimmern. Allein der russische Unterhändler Litwinow benützte die Ebbe der Londoner Weltwirtschaftskonferenz, um trockenen Fußes zu einer Verständigung mit sämtlichen Randstaaten zu gelangen. Er schloß für Rußland den sog. Ostpakt ab, welcher einen Nichtangriffspakt mit Estland, Lettland, Polen, Rumänien, Persien, Afghanistan und der Türkei darstellt. Durch diesen Pakt, in den auch die Staaten der Kleinen Entente miteinbezogen werden, hat sich Rußland von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer mit einer „Schutzsicht“ paktgebundener Staaten von der übrigen Welt geschützt. Die Lage im Osten Europas erscheint dadurch aufs Neue stabilisiert und eine Vereinigung der brennenden Grenzprobleme insbesondere zwischen Deutschland und Polen erschwert.

Schaffhausen, 23. Juli 1933.

Rolf Henne.

Bücher Rundschau

Vormärz.

Ernst Feuz: Julius Fröbel. Seine politische Entwicklung bis 1849. Verner Untersuchungen zur Allgemeinen Geschichte, Heft 4. Verlag Paul Haupt, Bern und Leipzig, 1932.

Es ist der große Vorzug der vorliegenden Arbeit, daß sie über das rein Biographische hinausgehend, Fröbel weniger als Einzelpersonlichkeit, denn als

Vertreter einer Zeitepoche und der in ihr vorherrschenden Geistesrichtung betrachtet. Von Haus aus war Julius Fröbel nicht Politiker, sondern Naturwissenschaftler, vor allem Geograph. Als solcher erhielt er 1833 eine Lehrstelle an der neugegründeten Industrieschule in Zürich. Seine Bemühungen um die Hebung der Volksbildung führten ihn